

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Ausschusses für Mobilität am 15.11.2023
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW Ossumer Straße Vorlage: FB5/1793/2023	5
3 Mobilitätskonzept Meerbusch 2035+ Vorlage: DezIII/1806/2023	6
3.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 05. Oktober 2023 - Aufnahme des Mobilitätskonzeptes als Tagesordnungspunkt	7
4 Haushaltsberatungen	7
5 Radwegeführung Hohegrabenweg Vorlage: FB5/1795/2023	12
6 Querung der Gonellastraße im Zuge der Hauptstraße Vorlage: FB5/1794/2023	12
7 E-Scooter-Strategieentwicklung in Meerbusch. Umsetzung der Sondernutzungssatzung Vorlage: DezIII/1796/2023	13
8 Sachstandsbericht über das Projekt U81 Vorlage: DezIII/0697/2023	14
9 Anträge	14
10 Anfragen	14
11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	15
12 Termin der nächsten Sitzung: 23. Januar 2024	15
13 Verschiedenes	15

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum S1/S2

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 20:47 Uhr

Anwesend:

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Daniel Thywissen
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Norma Köser
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied	
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied	
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied	
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	
Herr Niklas Geppert	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen	Sachkundiger Bürger	Anwesend ab 17.20 Uhr
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied	
Herr Bernd Radmacher	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Frau Astrid Hansen

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Hartwig Spetsmann	Sachkundiger Bürger
------------------------	---------------------

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Andreas Wagner	Ratsmitglied
---------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel	Erster und Technischer Beigeordneter
Frau Dana Frey	Dezernat III
Herr Daniel Hartenstein	Fachbereich 5
Herr Christian Volmerich	Stadtkämmerer

Schriftführerin

Frau Christina Ruban	Fachbereich 5
----------------------	---------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Norma Köser

Ratsmitglied

Herr Daniel Thywissen

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Astrid Hansen

Sachkundige Bürgerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er bittet die Ausschussmitglieder um Einverständnis zur Erweiterung der Tagesordnung um die Änderungsanträge der Fraktionen CDU und FDP, Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion sowie GRÜN-alternativ zu den Haushaltsberatungen 2024 unter Tagesordnungspunkt 4.

Er weist darauf hin, dass kurzfristig noch ein Änderungsantrag zu den Haushaltsberatungen von der SPD-Fraktion eingegangen sei.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Blaum erkundigt sich, ob ein regelmäßiger Austausch der Stadt mit der Rheinbahn erfolge und dabei auch die Thematik der Abstimmung der Taktung von Bus und Bahn Am Landsknecht angesprochen worden sei.

Frau Frey führt auf, dass ein regelmäßiger Austausch mit der Rheinbahn stattfinde und sichert zu, diese Thematik an die Rheinbahn weiterzuleiten.

Frau Dr. Blaum berichtet, dass der BUND plane die europäische Woche der Mobilität 2024 auszurichten und fragt nach, ob der BUND als Träger öffentlicher Belange berechtigt sei, Anträge zum Haushalt zu stellen.

Stadtkämmerer Volmerich erläutert, dass nur die Fraktionen berechtigt seien, Anträge zum Haushalt zu stellen. Der BUND habe als Verband allerdings die Möglichkeit, eine Zuschussgewährung zu beantragen, die dann im Rahmen der Haushaltsberatungen von den Fraktionen beraten werden müsse.

Frau Frey ergänzt, dass auch die Stadt sich an der europäischen Woche der Mobilität 2024 beteiligen werde.

2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW Ossumer Straße
Vorlage: FB5/1793/2023

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt in der Ossumer Straße die heutige Situation beizubehalten.

Abstimmungsergebnis: Über den Bürgerantrag

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD			2
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	2		
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION		1	
Gesamt:	2	12	2

Abstimmungsergebnis: Über den Beschlussvorschlag der Verwaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		3	
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	14	3	0

Der Petent Herr Leuchten erklärt, dass die Breite der Fahrbahn auf der Ossumer Straße mit 6,00 m Breite nicht ausreichend sei. Dies führe insbesondere bei einem hohen Verkehrsaufkommen dazu, dass der Ausweichverkehr den befahrbaren Bürgersteig nutze. Ein ordnungsmäßiger Winterdienst sei zudem in den Wintermonaten nicht möglich.

Schwierig sei insbesondere der Bereich der Aus- und Einfahrt der Ossumer Straße zur Uerdinger Straße.

Ratsfrau Neukirchen führt auf, dass die Begründung des Bürgerantrages nachvollziehbar sei.

Ratsfrau Niegeloh erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen werde. Der Zustand der Ossumer Straße solle erhalten bleiben. Die geschilderte Problematik sei eher durch das Fehlverhalten der Autofahrenden begründet.

Ratsherr Schoenauer betont, dass die jetzige Verkehrsregelung an der Ossumer Straße zu belassen sei. Die Einführung einer Einbahnstraßenregelung würde zu mehr Verkehren an anderen Straßen führen.

Ratsherr Quaß merkt an, dass eine Einbahnstraßenregelung eher zu einer Beschleunigung als zu einer Entschleunigung des Verkehrs führen würde.

Ratsherr Wagner fragt nach, ob die Gehwege die Ausweichmanöver der Pkws der Belastung standhalten.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel weist darauf hin, dass die Gehwege so gebaut seien, dass sie auch einer solchen Belastung standhalten. Die Nutzung des Gehweges zum Ausweichen entgegenkommender Fahrzeuge sei vorsätzlich verkehrswidrig. Die Verwaltung prüft, ob mit geeigneten Mitteln - wie z.B. der gezielten Aufstellung von Pollern - diese Fehlverhalten unterbunden werden könne.

Hinweis: Es ist anzumerken, dass hier eine Abwägung zwischen der objektiven Gefährdungslage und der möglichst uneingeschränkten Nutzung des Gehweges durch Fußgänger vorzunehmen sei.

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding lässt zunächst über den weitreichenderen Bürgerantrag und anschließend über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

3 Mobilitätskonzept Meerbusch 2035+ Vorlage: DezIII/1806/2023

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Rat das Mobilitätskonzept Meerbusch2035+ zu beschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen sukzessiv vorzubereiten und nach einer weiteren Ausplanung und Konkretisierung der Maßnahmen, die eine finanzielle Auswirkung auf dem städtischen Haushalt haben, mit gesonderter Einzelbeschlussfassung dem betroffenen Fachausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6	1	
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	16	1	0

Ratsherr Schoenauer führt auf, dass viele der im Mobilitätskonzept aufgeführten Maßnahmen nicht umsetzbar seien, vieles sei jedoch wünschenswert. Sollte sich die Haushaltssituation wieder etwas freundlicher darstellen, werde unter Mitnahme der Bevölkerung über die einzelnen Maßnahmen diskutiert.

Ratsherr Quaß betont, dass das Mobilitätskonzept ein sehr gutes Konzept sei. Nicht alle Maßnahmen werden jedoch Zustimmung der Bürger finden. Das Mobilitätskonzept sei zudem kein Katalog zum Durchblättern, sondern eine Vorgabe an die Verwaltung.

Ratsfrau Neukirchen lobt, dass das Mobilitätskonzept alle Verkehrsteilnehmenden im Gesamten berücksichtige.

Ratsfrau Kohn führt, dass das Mobilitätskonzept als Einleitung der Mobilitätswende zu sehen sein, was mehr als Anpassungen des Bestandes bedeute.

Ratsherr Harms betont, dass insbesondere die geringe Beteiligung der Bürger erschreckend sei. Der Autoverkehr werde durch das Mobilitätskonzept zu stark beschnitten. Für den Fahrradverkehr bestehe wenig Verbesserung. Die Mehrheit der aufgeführten Maßnahmen im Mobilitätskonzept seien zudem nicht realisierbar.

Ratsherr Bertholdt führt auf, dass das Mobilitätskonzept auch gute Ansätze beinhalte. Wichtig sei das Konzept nicht in die Schublade zu legen, sondern weiter zu bearbeiten.

Ratsherr Wagner weist darauf hin, dass die Bürger mehrfach die Möglichkeiten hatten, sich an dem Mobilitätskonzept zu beteiligen. Das Mobilitätskonzept räume anderen Verkehrsteilnehmenden eine Gleichberechtigung gegenüber dem Autoverkehr ein.

3.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 05. Oktober 2023 - Aufnahme des Mobilitätskonzeptes als Tagesordnungspunkt

Nachdem zuvor über das Mobilitätskonzept beschlossen wurde, wurde der Antrag obsolet und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

4 Haushaltsberatungen

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding ruft die Fraktionsanträge entsprechend der Produktfolge auf. Durch das kurzfristige Einreichen des Änderungsantrages der SPD-Fraktion, wird dieser am Ende des Produktes Straßen, Wege, Plätze – Verkehrsplanung/-konzepte beraten.

Antrag der Fraktionen CDU und FDP – Planungskosten für die Errichtung eines Fahrradparkhauses in Osterath

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt, 10.000 € Planungskosten für die Errichtung eines Fahrradparkhauses als neue Maßnahme in den Haushalt aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen.

Anmerkung der Schriftführung:

In Abstimmung mit dem Bereich Service Finanzen wird die beschlossene Maßnahme als neue investive Maßnahme dem Produkt 010.111.140 – Technisches Gebäudemanagement zugeordnet.

Produkt 120.541.010 – Straßen, Wege, Plätze – Verkehrsplanung/-konzepte

Antrag der Fraktion GRÜN-alternativ – Streichung der Überarbeitung des Parkraumkonzeptes

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	2		1
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION		1	
Gesamt:	3	13	1

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Planungskosten – Radschnellverbindung

Nachdem Frau Frey darauf hinweist, dass die Stadt im Rahmen des Regionetzwerkes mit der Stadt Krefeld im Austausch stehe und die Radschnellverbindung zwischen Krefeld und Düsseldorf Radschnellverbindung bereits auf deren Prioritätenliste I stehe, wird der Antrag zurückgezogen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Beschilderung von Fahrradstraßen

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel weist darauf hin, dass solche provisorischen Schilder erfahrungsgemäß ungeeignet seien. Nachdem Stadtkämmerer Volmerich zudem darauf aufmerksam macht, dass die Fahrradstraßen Bestandteil des Radwegekonzeptes seien und hierfür bereits 60.000 € konsumtiv vorgesehen seien, wird der Antrag zurückgezogen.

Antrag der Fraktion Die Fraktion – Finanzierung von Ladinfrastuktur

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	2		1
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	3	13	1

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Planungskosten für den Ausbau der Haltestelle Haus Meer zur Mobilstation mit Jugendtreff

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD			2
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION		1	
Gesamt:	3	12	2

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Vorziehen der Sanierung des Teilabschnitts der Lötterfelder Straße

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ			1
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION		1	
Gesamt:	3	13	1

Antrag der Fraktion GRÜN-alternativ – Streichung der Aufwertung des Rudolf-Bartels Parkplatzes

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	1		2
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION		1	
Gesamt:	2	13	2

Antrag der SPD-Fraktion – Anpassung des Radverkehrskonzeptes an das Mobilitätskonzept

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		2	1
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION		1	
Gesamt:	2	14	1

Produkt 120.546.010 - Parkraumbewirtschaftung

Antrag der Fraktion GRÜN-alternativ – Erhöhung der Parkgebühren Dr. Franz-Schütz-Platz

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	1		1
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	6	10	1

Produkt 120.547.010 - ÖPNV – Linienplanung

Es liegen keine Anträge vor.

Abschließend lässt Ausschussvorsitzender Nieberding über den Gesamtempfehlungsbeschluss der beratenden Produkte beschließen.

Gesamtbeschluss über die Produkte des Ausschusses Mobilität:

Der Ausschuss Mobilität empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushalts 2024 für alle der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN			3
GRÜN-alternativ			1
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION		1	
Gesamt:	10	1	6

5 Radwegführung Hohegrabenweg
Vorlage: FB5/1795/2023

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt die vorgestellte Radwegführung auf dem Hohegrabenweg durch einen Schutzstreifen (Radverkehrskonzept Nr. 32).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	1		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	0		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	15	0	0

Sachkundiger Bürger Radmacher merkt an, dass es nicht zu begrüßen sei, dass der Schutzstreifen an Engstellen unterbrochen werde. Insbesondere an Engstellen sei der Fahrradverkehr zu schützen.

Herr Hartenstein führt auf, dass dies Vorgabe des gültigen Regelwerkes sei. Dies sei auch vom AGFS anerkannt.

6 Querung der Gonellastraße im Zuge der Hauptstraße
Vorlage: FB5/1794/2023

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt keinen Beschluss bis zur Vorlage eines Urteils zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6		
SPD	1		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	15	0	0

Ratsherr Schoenauer beantragt weder den Beschlussvorschlag der Verwaltung noch der Alternative zu beschließen und stattdessen den jetzigen Zustand so zu belassen, bis die Klage entschieden sei.

Ratsfrau Neukirchen merkt an, dass die Nutzung der Querung mit Klinkersteinen für Rollatornutzende schwierig sei. Sie fragt nach, ob der Schwerbehindertenbeauftragte gefragt wurde.

Herr Hartenstein weist darauf hin, dass die Querung selbst mit glatten Klinkersteinen ausgeführt wurde, so dass eine Barrierefreiheit wie in den Querungsbereichen der Fußgängerzone (Hauptstraße) hergestellt sei. Damit ist diese Querung gleich ausgestaltet wie die Querungen in der Fußgängerzone, welche extra für die Barrierefreiheit so hergestellt wurden.

Ratsfrau Niegeloh fragt nach, ob zum jetzigen Zeitpunkt Handlungsbedarf bestehe, einen Beschluss zu fassen.

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding führt auf, dass es derzeit zwingend keinen Handlungsbedarf gebe, einen Beschluss zu fassen. Die Verwaltung habe allerdings darauf hingewiesen, dass es ein haftungsrechtliches Risiko gebe.

7 E-Scooter-Strategieentwicklung in Meerbusch. Umsetzung der Sondernutzungssatzung Vorlage: DezIII/1796/2023

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt, seinen Beschluss vom 09.06.2022 zum Erlass der Sondernutzungssatzung für E-Scooter nicht aufzuheben und die Entwicklung abzuwarten. In einem halben Jahr solle darüber erneut diskutiert werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	15	2	0

Ratsherr Schoenauer merkt an, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht folge werde. Er beantragt, den Beschluss vom 09.06.22 nicht aufzuheben und stattdessen die Entwicklung abzuwarten und in einem halben Jahr wieder darüber zu diskutieren.

Ratsfrau Niegeloh spricht sich für den Alternativvorschlag a

Herr Hartenstein weist darauf hin, dass der Erlass einer Sondernutzungssatzung lediglich eine Gebühr einführen würde. Die Regelung bezüglich der Abstellung der E-Scooter bestehe bereits und ist auch ohne die Satzung gültig.

Als dann lässt Ausschussvorsitzender Dr. Niederbind über den Antrag der CDU abstimmen.

8 Sachstandsbericht über das Projekt U81

Vorlage: DezIII/0697/2023

Ratsherr Quaß führt auf, dass die Informationsvorlage grundsätzlich zu begrüßen sei. Aufgrund der vielen Fachbegriffe, sei diese jedoch schwierig zu verstehen. Er regt an, für die nächste Sitzung, eine planerische Darstellung des Vorhabens dem Ausschuss vorzustellen.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führt auf, dass es sich um ein sehr komplexes Vorhaben handle, welches zudem auch noch sehr viel Personalressourcen binde. Alle 14 Tagen erfolge ein regelmäßiger Austausch mit allen Beteiligten. Für Meerbusch sei es insbesondere wichtig, dass die Planungen für Böhler II/GEC in der Planung berücksichtigt werden.

Sachkundiger Bürger Behlen bedankt sich für die prägnante Darstellung des Sachstandes zur U81.

9 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

10 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

12 Termin der nächsten Sitzung: 23. Januar 2024

13 Verschiedenes

Ratsherr Schoenauer merkt an, dass an der Ortsausfahrt Bösinghoven seit Monaten keinerlei Bautätigkeiten stattfinden.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel weist darauf hin, dass die Stadt mit den entsprechenden Beteiligten in Verbindung stehe und dies bereits bei der Autobahn AG angemahnt wurde.

Ratsfrau Niegeloh bezieht sich auf das Protokoll der Sitzung vom 12.09.23 und fragt nach, welche Mindestmaße für die Trennung zwischen Fuß- und Fahrradweg auf dem Fahrradweg Strümper Straße auf der Autobahnbrücke vorliegen müsse. Sie weist darauf hin, dass ein Grünstreifen vorhanden sei.

Nach der Sitzung gibt Herr Hartenstein folgendes zu Protokoll:

Straßen.NRW wurde erneut aufgefordert, die angesprochene Stelle auf der Brücke über die A57 von der Kfz-Fahrbahn zu trennen. Entweder durch Leitbaken, oder durch das Wiederaufbringen des zweiten Markierungsstreifens, welcher auch die Trennung verdeutlicht.

Sachkundiger Bürger Behlen führt auf, dass durch Bauarbeiten im Bereich Heinenkamp/Schwertgesweg der Bürgersteig beschädigt wurde und durch Warnbaken abgesichert sei. Er fragt nach, wann mit einer Reparatur zu rechnen sei.

Herr Hartenstein leitet die Information über die Schäden zur Behebung entsprechend weiter.

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding bedankt sich bei den Anwesenden und beendet die Sitzung.

Meerbusch, den 01. Dezember 2023

Dr. Felix Nieberding
Ausschussvorsitzender

Christina Ruban
Schriftführer/in